

Erschint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Verlagsstellen
auf den 2. und 8. Monat, und auf den
3. Monat Bränders angenommen; im
Wohlg. Sachl. und Verlag. Sachl.
Wohlg. auch auf den 1ten Monat
des Quartals à 54 Pf.

Interess
letz. Verfassungen Nr. 101. 102. 103.
letz. Verfassungen Nr. 101. 102. 103.
letz. Verfassungen Nr. 101. 102. 103.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 8.

Freitag, 19. Januar.

1877.

Parteigenossen!

Sorgt für Geldmittel zu den engeren und Nachwahlen!

Aus nur wenigen Orten sind bis jetzt Abrechnungen für Dezember eingegangen, freiwillige Beiträge nur aus einzelnen.

Sendungen sind zu richten an A. Geib, Hamburg, Rödningmarkt 12.

10. Januar.

Das war ein herrlicher Siegestag
Wohl in dem deutschen Volke,
Der Freiheit Sonne bricht hervor,
Verscheucht der Knechtschaft Wolke.

Berlin und Hamburg, Altona,
Breslau und Dresden, Bremen,
Auch Braunschweig braucht sich dieses Tags
Fürwahr noch nicht zu schämen.

Von Nord und Süd und West und Ost,
Aus Dorf und Stadt die Kunde,
Allüberall, es strömt herbei
Die frohe Siegestunde.

Das „kleine Häuflein“, wie es wächst —
Das kind erwächst zum Manne,
Wer ist so stark, daß er heut' noch
Den Geist der Freiheit banne?

Und vorwärts, vorwärts geht der Kampf,
Kein Ruhen gilt, kein Rasten,
Wir stehen zu der Fahne treu,
Die einmal wir erhashten.

Nicht Waffenstillstand giebt's; der Sieg,
Der ganze kann nur frommen,
Bis daß das Volk zu seinem Recht,
Zur Freiheit ist gekommen.

Die Wohlfahrt Aller ist das Ziel,
Gerechtigkeit für Alle
Das Fundament, worauf beruht
Der Zukunft Freiheitshalle.

Drum auf, o Volk, und halte fest
Und treu zu unsren Fahnen,
Es gilt zu deinem eignen Wohl
Den Weg jetzt weiter bahnen.

(Braunschw. Leuchttugeln.)

24 Stichwahlen!

Bei 24 Stichwahlen kommen sozialistische Candidaten in Betracht; 24 Siege können wir noch ersehen.

Das unsere Gegner alle ihre Kräfte daran setzen werden, dies zu verhindern, ist selbstverständlich; aber auch wir wollen unsere volle Kraft einsetzen, den Sieg an unsere Fahnen zu fesseln.

Die Bestürzung im gegnerischen Lager ist groß, benutzen wir dieselbe und nehmen, indem wir uns bis zum Aeußersten anstrengen, bei den engeren Wahlen Position auf Position.

Wir fordern viel, sehr viel von unsern Parteigenossen, aber die Sache, für welche wir die ganze Thakraft, die ganze Opferwilligkeit fordern, ist groß und hehr, sie ist die Sache der Menschheit.

Für diese Sache Alles einzusetzen ist Pflicht jedes Mannes. Deshalb auf mit aller Kraft an's Werk!

Nach dem 10. Januar.

Bernichtend wie der Blitzstrahl ein morsches Gebäude, so hat der 10. Januar die Berliner „Fortsschritts“-Partei getroffen; es war ein Todesstoß, den der Sozialismus dem „Fortsschritt“ erteilte, von welchem es keine Erholung, keine Rettung mehr giebt.

Und wie wiegte man sich in Sicherheit, wie zweifellos erschien im gegnerischen Lager ein „glänzender Sieg“, wie entsetzt galt die Gefahr einer Niederlage: — so schlummert der Unbedachte am Abgrunde und erwacht erst, wenn er in denselben hineinstürzt. Aber das Faule, das Faulste gehört in den Abgrund der Vernichtung und das Berliner Volk kann sich gratulieren, sich endlich einmal von dem lastenden Alpe des „Fortsschritts“ befreit zu haben. Noch wird es sich dessen kaum bewusst sein, auch kann eine vorübergehende, in Folge des sozialistischen Sieges eintretende Reaktion den Schein des Gegenstands wahren: aber die günstigen Folgen desselben können und werden nicht ausbleiben, sobald die Verdüsterung Berlins sich selbst und der soeben mit vollster Ueberzeugung gewählten Fahne trennt.

Im „fortschrittlichen Lager“ sucht man sich noch zu trösten, wenn auch hinter diesem Bewußtsein die pure Verzweiflung sich nur schlecht verdeckt; man macht sich selbst den Vorwurf, nicht voll und ganz seine Schuldigkeit anthat zu haben, man preist

himmelhoch die „Organisation“ der Sozialdemokratie; doch das sind Alles nur gesuchte Ausreden, die das Eine verdecken sollen, das allerdings fürchtbare Bewußtsein, seine Existenz und was mehr ist, seine Existenzberechtigung, verloren zu haben, die nur in der Wahrheit und in dem Rechte des Prinzips und seiner Vertretung nach Außen hin beruht.

Die Fortsschritts-Partei hat sich in beiden Beziehungen nicht bewahrt. Nicht nur ihre Prinzipien waren und sind unzureichend oder falsch, sondern sie selbst ist denselben obendrein noch in den verschiedensten Fällen untreu geworden. Die Fortsschritts-Partei hatte vergessen, daß auch in dem politischen Leben das Shakespearsche Wort gilt: „Vor allen Dingen bleib Dir selber treu!“ Wir haben ihr zu wiederholten Malen politische Charakterlosigkeit und Heuchelei nachgewiesen, und ist es denn da so wunderbar, wenn das zum Bewußtsein erwachende Volk sich von ihr losragt und die Führung seiner Angelegenheiten in der Öffentlichkeit ehehlichen, consequenteren und darum würdigeren Männern anvertraut?

Also nicht sozialistische „Minir-Arbeit“, nicht politische Urtheilsunfähigkeit der großen Masse hatten am 10. Januar der „Fortsschritts“-Partei in Berlin und damit im ganzen Lande eine Niederlage bereitet, sondern die Wahrheit und Gerechtigkeit der sozialistischen Forderungen und Grundsätze. Die Sache anders darzustellen ist Schwindelerei und noch mehr: es ist eine Beleidigung all der 34,000 Wähler, welche am letzten Wahltage ihre Stimme für einen Sozialisten abgegeben haben, indem sie dadurch zu unmaßstäbigen, urtheilslosen Leuten gemacht werden, die, einem oberflächlichen Eindruck folgend, sich bei der Wahl hätten verleiten lassen. Es scheint uns sogar unklug, jetzt, wo es sich noch um verschiedene Stichwahlen handelt, in der Weise zum Volk zu sprechen, es könnte schaden und die Herren Fortsschritter mögen aus dieser unserer wohlgemeinten Warnung ersehen, wie tief wir von der Sicherheit und Wirksamkeit unserer Sache überzeugt sind, da wir sie sonst jedenfalls nicht hindern würden, sich beim Volke noch mehr zu compromittiren.

Die Reaktion — und darauf kommen wir ein andermal noch des Näheren zu sprechen — jubelt selbstredend über diesen Sturz des hauptsächlichsten Fortsschritts-Gegners, sie hofft auf eine um so schnellere „Umkehr“; — nun, wir werden ihr diese Freude schon verderben, trotz Polizei und Tessenorff. Haben wir gegen diese, vielleicht auch mit diesen so viel vertragen können, so werden wir jetzt gewiß auch noch Größeres erreichen; Zufriedenheit stellt sich bei uns erst mit ganz errungenem Ziele ein und da unser Ziel mit der naturnothwendigen Entwicklung auch immer weiter geht, so ist unser Streben ein unendliches.

Die Reaktion mag sich von der Gewalt Rettung erhoffen, die immer ihre einzige Stütze war: sie kann, wie schon oben gesagt, einen augenblicklichen Rückschritt, eine Freiheitsverfälschung herbeiführen, aber das Volk wird „auf der Wacht“ sein und wir werden es warnen.

Zeigt sich aber in der That die Reaktion, dann wollen wir einmal sehen, wer sich mit aller Kraft gegen dieselbe auflehnen und ob der Liberalismus noch irgendwelche Widerstandsfähigkeit haben wird. Nun drohte dem Volke mit der Reaktion, falls es sozialistisch wählt, aber warum that man es? Weil man sich sagte, daß ein Sieg des Sozialismus allen Mittelparteien ein Ende machte; daß es dann nur zwei Parteien gäbe, die des Sozialismus und der Reaktion, und daß der „Fortsschritt“ dann in die letztere ebenjo sehr hineingehörte, wie die Conservativen. Das ist das bekannte Wort von der „großen reaktionären Masse“.

Aber weiter! Wir zweifeln nicht, daß die Reaktion kommen wird: hat sie denn der Sozialismus verschuldet? Sie könnte nicht kommen, wenn es dem Liberalismus Ernst wäre um einen Widerstand gegen dieselbe; aber sie muß und wird, wenn auch nur auf kurze Zeit, kommen, weil der Liberalismus nicht widerstehen kann, und, was die Hauptsache ist, gar nicht widerstehen will.

Der Liberalismus selber also ist Schuld an einer hereinbrechenden Reaktion; den Sozialismus dafür verantwortlich machen, heißt geradezu den Sachverhalt auf den Kopf stellen. (Berliner Freie Presse.)

Ein Brief aus Nordamerika.

Aus Columbia (dem zu keinem Staat gehörigen Bundesdistrikt der vereinigten Staaten, in welchem die Bundeshauptstadt Washington liegt) vom 18. Dezember wird uns geschrieben:

Der Süden der Vereinigten Staaten besitzt im Gegensatz zu dem Norden manche interessante Verschiedenheit, namentlich Vieles, was für die Kenntniß der hiesigen sozialen Zustände wirklich lehrreich ist, so daß es sich in der That lohnt, diesen Zuständen in der sozialistischen Presse Beachtung zu schenken. Denjenigen Lesern des „Vorwärts“, welche Amerika nicht aus eigener Anschauung kennen, mag deshalb das folgende immerhin Neues bieten.

Es sind bereits 10 Jahre verflossen, seitdem Präsident Lincoln jene Befreiungserklärung erließ, die den Regern die ersehnte Freiheit verheißt und damit den Sklavenbaronen den Kapitalismus reduzierte. Nur ein kleiner Zeitraum liegt zwischen uns und der Zeit, wo der Secessionkrieg seine Beendigung fand und dem siegenden Norden die Macht gab, die versuchte Trennung des Staatenbundes zu verhindern. Friede und Eintracht ist seit jenen Ereignissen noch nicht wieder eingelehrt; der Regier ist noch nicht in der Achtung der Weißen gestiegen, der Racenhass noch so vorherrschend, daß an ein Zusammengehen der Weißen und Schwarzen vorläufig noch nicht zu denken ist.

Der ganze Süden hat eine vorwiegend ackerbautreibende Bevölkerung. Im Vergleich zu dem Norden ist die Industrie nur

schwach entwickelt und findet sich nur in den größeren Städten, unter welchen selbst die größte, nämlich New-Orleans, der Stadt Cincinnati an Einwohnerzahl und industrieller Bedeutung nachsteht. In Städten zweiten Ranges finden sich nur vereinzelt Fabriken. Hingegen ist die Erzeugung von Baumwolle, Zucker, Reis etc. außerordentlich verbreitet. Gewaltige Plantagen dehnen sich über die Staaten aus und werden von Regern bearbeitet. Es ist übrigens eine Thatsache, daß wirklich nutzbringende Arbeit fast nur von den Schwarzen verrichtet wird, die sich den klimatischen Einflüssen auch widerstandsfähiger zeigen wie die Weißen. Aber auch hier zeigte es sich, daß eine unwissende Masse mit leichter Mühe zu beherrschen ist. Nur dadurch ist es ja erklärlich, daß die Regier eine Stellung im Staate einnehmen, die ihrer Anzahl durchaus nicht entsprechend ist. Bei alledem, daß sie die verschiedensten Professionen betreiben, giebt es doch nur äußerst Wenige, welche Besitzer eigener Geschäfte sind; fast Alle, mit verschwindenden Ausnahmen, befinden sich im Dienste der Weißen, die den gesammten Geschäftsverkehr in der Hand haben. In den südlichen Hafenstädten findet man die Produkte des Landes in riesigen Waarenhäusern gelagert und zum Verkauf bereit; Waaren, welche, einen ungeheuren Werth repräsentirend, den Kapitalisten fortwährend bereichern, während diejenigen, welche durch ihre Arbeit dieselbe erzeugen, in Lumpen einhergehen und in elenden Baracken hausen. Trogt dem die allgemeine Armut im Süden keine so große ist wie im Norden, sind die Regier doch noch verlumpter hier. Fälle, wo Letztere mit 4—5 Dollars die Woche eine ganze Familie von 6—8 Köpfen ernähren, sind gar nicht selten.

Der Regier ist dem Wortlaut des Gesetzes nach allerdings frei, frei gleich dem weißen Vohnsklaven. Es steht ihm frei, wenn er sich verkauft, nur muß er mit dem angebotenen Kaufpreis zufrieden sein. Und leider ist er es. Kaum mit den nothwendigsten Bedürfnissen versehen, verharrt er in seiner Gleichgültigkeit und empfindet wenig das Gefühl nach Verbesserung seiner Lage. Ihm genügt es, nicht mehr von der Peitsche bedroht zu sein; Beanspruchung einer Gleichstellung in der Gesellschaft liegt ihm fern. Dennoch fühlt er instinktiv, daß seine Race eine verächtliche Stellung einnimmt, und — was ihm zur hülftändigen Aufklärung über seine Lage mangelt, das bejagt der Weiße durch rohe Behandlung ihm gegenüber. Man hört hier sehr oft die lächerliche Redensart: „We don't like to be ruled by the niggers, this country belongs to the white man.“ („Wir lieben nicht von den Niggers [verächtlicher Ausdruck für die Schwarzen] regiert zu werden, dies Land gehört dem Weißen an.“), ohne dabei zu bedenken, daß erst durch die Anwendung der schwarzen Arbeitskraft der Süden wohn- und urban gemacht werden konnte, und dieselbe auch vorläufig noch eben den Lebensgenuss vieler bedingt.

Schon während der Beendigung des Bürgerkrieges gelangte die republikanische Partei zur Herrschaft. Es war natürlich, daß die Regier Anhänger derselben wurden, da sie es war, die die Sklaverei aufhob. Die Republikaner aber hatten durch diesen Zuwachs ein vorläufiges Uebergewicht über die demokratische Partei erhalten und richteten ihr besonderes Augenmerk auf den Süden, wo die Regier in vielen Theilen eine beträchtliche Majorität bildeten. Schaaeren von Politikern und beutegierigen Hallunken wanderten nach dem Süden, mit der alleinigen Absicht, Geld zu machen. Ich sage absichtlich „alleinige“, denn durch Arbeit den Lebensunterhalt verdienen, davon kann bei jenen Creaturen keine Rede sein, da sie ohne Ausnahme nach Aemtern haschen, die einen unzweifelhaften Gewinn versprechen und ihnen somit die Möglichkeit verschaffen, ein äppiges Leben zu führen. Um letzteres aber zu können, war hauptsächlich die Hilfe der Regier nötig, welche durch das soeben erlangte Stimmrecht und durch die noch frische Erinnerung an die erlittene Schmach der Sklaverei ihre natürlichen Bundesgenossen wurden, da sie die eigentlichen Motive jener nicht begriffen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Herren der republikanischen Partei nicht deshalb die Sklaverei aufhoben, weil ihnen dieselbe mit der Civilisation nicht vereinbar erschien, oder aus purem Menschlichkeitsgefühl; die einfache Thatsache, daß Republikaner, die früher im Norden lebten, nach dem Kriege aber dem Süden sich zuwendeten, die Regier gleich dem eingebornen Südländer hassten, ist ein hinreichender Beweis, daß Alles, nur kein Ritzegefühl für eine mißhandelte Menschenklasse sie dazu bewog. Allerdings verschweigt man die wahren Beweggründe, aber der persönliche Verkehr des Schreibers dieses mit sogenannten hervorragenden Vertretern beider Parteien bestätigte die von ihm längst gehegte Ansicht, daß die Abschaffung der Sklaverei keine Lösung einer civilisatorischen Reiffrage war, die edleren Motiven entsprang, sondern daß die Konkurrenz des Kapitals zwischen dem Norden und Süden die Abschaffung einer nachtheiligen Institution herbeiführte. Immerhin mag aber die Thatsache als eine Errungenschaft angesehen werden.

Ein Jeder besitzt ein gewisses Dankbarkeitsgefühl dem gegenüber, dem er seine Freiheit verdankt. Das gilt auch von dem Regier. Die republikanische Partei gab ihm die Freiheit, folglich ist er Anhänger derselben, nichts natürlicher als das. Schade nur, daß dieses Anhänglichkeitsgefühl sich in solch verkehrter Weise bethätigt. Begriffe der Regier, daß er weder von der republikanischen, noch der demokratischen Partei etwas zu erwarten hat, so würde das frevelhafte Spiel bald aufhören.

Bei Anfaß der soeben beendeten Wahlcampagne ließ sich recht beobachten, mit wela raffinierten Mitteln die Bourgeoispartei kämpfen. Das Volk der Vereinigten Staaten wird nicht durch die von ihm erwählten Vertreter regiert, sondern steht unter der Herrschaft politischer Beutegier, die beiden Parteien angehören, und die Wahl dieses oder jenes Kandidaten zu Stande bringen, wogegen Letzterer entsprechende Gegenstände,

Bestellungen

nehmen an alle Verlagsstellen und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Global-Expositionen.

New-York: Eschschmidt, Geschäfts-Verwaltungsbüro, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: W. Doh, 430 North 3rd Street.
London: 1129 Charlotte Str.
Chicago: H. Rasmussen, 296 Division Street.
San Francisco: H. Doh, 418 O'Farrell Street.
London: Wadby, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

bestehend in Verleihung fetter Ämter oder Belohnung durch ansehnliche Summen, zu leisten haben. Nicht das Volk also, sondern die besitzenden Häupter der Parteien herrschen. Der Norden ist vorwiegend republikanisch, der Süden ist ausschließlich demokratisch mit Ausnahme der Neger. Da diese aber in einigen Staaten, wie Mississippi, Louisiana und St. Carolina, die Mehrheit bilden und fast ausschließlich der republikanischen Partei angehören, so ist es klar, daß nur mit Hilfe des schwarzen Votums ein demokratischer Kandidat Aussicht auf Erwählung hätte. Die Weißen wissen dies und drohen den Neger sofort zu entlassen, falls er für besagte Partei stimmen sollte. Dieser, so in die Enge getrieben, verspricht nun Alles. Der Wahltag kommt und — er stimmt republikanisch. Aber auch dieser Eventualität sucht man vorzubeugen, indem man selbst den Nigger an die Polls*) schleppt, ein demokratisches Ticket (Billet, Stimmzettel) in die Hand drückt und sich so vergewissert, daß demokratisch gewählt wird. Natürlich ist die Gegenpartei auch wachsam, aber oft vermag sie solche Gewaltstreiche doch nicht zu verhindern und überdies treibt sie es womöglich noch ärger. Sollten sich aber dennoch Einige durchaus widerspenstig zeigen, dann hält man ihnen die Whistylasche unter die Nase und wie viele vermögen diesem Versuch zu widerstehen!

Ein sich großdünkender Demokrat erzählte mir, daß er am Wahltag von Morgens 6 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr bereits 23 Schwarze für seine Partei geangelt habe. Derselbe entließ folgenden Tages drei Schwarze, welche mit einem republikanischen Ticket gestimmt hatten. — So ein amerikanisches Wahlpoll im Süden bietet einen grotesken Anblick. Ehe dieselben geöffnet werden, sieht man schon die Beamten (!) beider Parteien herumschwärmen, bewaffnet mit Bills (Tobtschläger) und Revolver, und mit der unvermeidlichen Whistylasche versehen. Desgleichen haben sie einen genügenden Vorrath Wahlzettel ihrer resp. Partei zur Hand. Mit Aulerungen spähen sie dann nach den heranrückenden Wählern, laufen ihnen schon auf 100 Schritt entgegen, halten sie fest und lassen sie nicht eher los, bis sie versprochen, das „beste Ticket“ zu wählen. Selbstverständlich geht es bei solchen Gelegenheiten selten ohne blutige Schlägereien ab und schon mancher Wahltag hat den oder jenen das Leben gekostet. Die letzte Wahl aber ist über alles Erwarten ziemlich ruhig verlaufen, wemgleich dennoch der Revolver hin und wieder thätig eingreifen mußte. Dies erregt um so mehr Verwunderung, wenn man die Hefartikel gegen die Neger in Zeitungen gelesen hat. In einer englischen Zeitung von Charleston wurden unter anderm täglich alle diejenigen Handwerker, Händler u. s. w. namhaft gemacht, welche Demokraten seien, und den Lesern plausibel gemacht, daß sie jedem Andersdenkenden die Rundschaft entziehen müßten. In Versammlungen wurde dasselbe gesagt. Ueberall, wohin man kam, hieß es: Republikaner oder Demokrat. Die Erlangung einer Stelle war deshalb von der politischen Gesinnung abhängig. Auch die spießbürgerlichen Deutschen in Charleston glauben der Welt zeigen zu müssen, welche wichtige Rolle sie zu spielen berufen seien. Sie veranstalteten nämlich eine Massenversammlung, um ihrer demokratischen Gesinnung Ausdruck zu geben. Der Zufall ließ mich derselben beiwohnen. Und was sah ich? — eine lächerlich ausgestattete Bühne mit einem „Die Wacht am Rhein“ darstellenden Bilde im Hintergrund. Was „Die Wacht am Rhein“ mit unsern politischen Verhältnissen in Amerika eigentlich zu thun hat, habe ich bisher noch nicht zu ergründen vermocht. Eminente Redner, sog. distinguished Persons, machten sich auf ihren Sesseln breit und betrachteten das Auditorium. In Amerika herrscht bei Versammlungen die Sitte, daß sich eine Anzahl Personen um den Präsidenten und Redner gruppiert jedenfalls nur, um angeklagt zu werden. Und diese lasen ihre langweiligen Reden herunter. Einer derselben glaubte jedenfalls zu einer Versammlung von Nationalliberalen zu sprechen. Er sagte nämlich: „So lange noch ein Tropfen Blut durch unsere Adern rollt, wollen wir, die Nachkommen Hermanns, auf Seiten des Rechtes stehen!“ Was diese Herren unter Recht verstehen, dafür möge die Thatsache dienen, daß sie die Sklaverei als ein notwendiges Uebel betrachten. Unter den anwesenden Amerikanern, von welchen einige deutsch verstanden, verfiel dem Schreiber dieses einer nach Schluß der Versammlung, daß die ganzen gehaltenen Reden too much dutch (zu sehr deutsch) seien. Uebrigens ließ

sich von vornherein nichts Besseres erwarten. Wie können servile Spießbürger von dem sittlichen Gefühl des Rechtes durchdrungen sein. Erwähnt sei obiger unbedeutender Vorfall nur, um das Wesen der hiesigen besitzenden Klasse zu kennzeichnen. An Unmuth und Brutalität gegen die Unterdrückten giebt die amerikanische Bourgeoisie der europäischen nichts nach, wemgleich sie ihre Autorität in anderer Weise geltend macht. Analog den Zuständen Europas ist ihr der Schug des Gesetzes unter allen Umständen gewiß. Gleichheit vor dem Gesetz ist eine Phrase. Und wenn man nicht den Farbenunterschied — es giebt auch schwarze Richter — hervorheben läßt: der Gelbsack triumphirt stets. Als im verflossenen September ein armer Teufel in einem Riot (Aufruhr, Tumult) in Charleston um's Leben kam, da achtete man es kaum für notwendig, eine Untersuchung anzustellen; als aber bald darauf in eben derselben Stadt bei gleicher Gelegenheit ein reicher Gelbsack dasselbe Schicksal hatte, da erhob sich ein allgemeines Geschrei, und schon seit Wochen findet ein Inquest (Enquête, Erhebung) statt.

Amerika bietet deshalb in Bezug auf Europa in seinen sozialen Verhältnissen ein getreues Ebenbild. Der Racenhass und der Nationalitätshass ergänzen sich einander. Ersteres mit seinen republikanischen, wie Letzteres mit seinen monarchischen Institutionen sind nicht für das arbeitende Volk geschaffen. Wir wollen uns deshalb bemühen, den außer Amerika lebenden Arbeitern dieses Land zu zeigen wie es ist, nicht wie es in der Vorstellung erscheint. Der Kampf um den täglichen Lebensunterhalt ist hier erst mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden, größer, wie Mancher in Europa sie sich träumt, und doch ist der permanente Aufenthalt in diesem Lande trotz seiner Nachteile, trotz seiner Mängel und Fehler in Vergleich mit dem reaktionären Europa, in mancher Beziehung erträglicher, zumal auch die amerikanischen Arbeiter mit voller Energie an der Befreiung ihrer Klasse arbeiten und zur Erreichung dieses Zweckes den Sturz der Kapitalherrschaft als eine unerläßliche Bedingung betrachten. Erst dann wird Amerika den Menschen eine frohe Stätte und eine sichere Zukunft bereiten.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zu den Reichstagswahlen. Es sind nunmehr die Ergebnisse von 380 Reichstagswahlen bekannt. Endgültig sind gewählt: 29 Conservative, 105 Nationalliberale, 28 Mitglieder der deutschen Reichspartei, 11 Polen, 19 Mitglieder der Fortschrittspartei, 95 Liberale, 10 Sozialdemokraten, 6 Gläubiger Autonomien, 3 Anhänger der Wähler Protestpartei, 8 keiner Fraktion Angehörige, unter letzteren 4 Particularisten. Bei den 66 engeren Wahlen, welche erforderlich sind, kommen in Betracht: 48 Nationalliberale, 24 Sozialdemokraten, 15 Conservative, 14 Mitglieder der Fortschrittspartei, 14 Liberale, 9 Mitglieder der deutschen Reichspartei und 8 Particularisten bezw. Polen.

— Ueber die Oeffentlichkeit der Stimmzählung am Tage der Wahl. Da durch verschiedene Vorfälle die Frage, ob die Ermittlung des Wahlergebnisses am Tage der Wahl öffentlich sei oder nicht, vielfach wieder zweifelhaft geworden scheint, muß dieselbe an der Hand der bestehenden Bestimmungen abgemessen geprüft werden. Eine Unklarheit ist überhaupt nur insofern möglich, als § 9 des Reglements vom 29. Mai 1870 uncorrekter Weise sagt: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr geschlossen“ u. s. w. Daraus glaubt man schließen zu dürfen, daß die Bestimmungen in § 9 des Gesetzes vom 31. Mai 1869: „die Wahlhandlung ist öffentlich“ sich nur auf die Zeit von 10 bis 6 Uhr beziehe, und daß die Worte: „sowie die Ermittlung des Wahlverfahrens“ lediglich auf die erst vier Tage nach der Wahl stattfindende amtliche Zusammenstellung des Wahlergebnisses Bezug habe. Es ist diese Deutung unrichtig. Denn, wenn die Wahlhandlung nur bis 6 Uhr dauert, sind Wahlhandlung und Abstimmung vollständig identisch. Es würde dann die Bestimmung des § 17 des Reglements: „Um 6 Uhr Nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen“, den Erfolg haben, daß irgend auf die Wahl bezügliche Handlungen nicht mehr vorgenommen werden dürften, die Wahlhandlung wäre eben abgeschlossen und beendet. Dies steht aber in unvereinbarem Widerspruche mit den sonstigen Vorschriften des § 17 und denjenigen des § 18, die sich auf Dinge beziehen, welche überhaupt erst nach 6 Uhr vorgenommen werden können. Namentlich zeigt die Vorschrift, daß die erst bei der nach 6 Uhr möglichen Ermittlung der Wahlergebnisse anzulegende Gegenliste „beim Schluß der Wahlhandlung von dem Wahlvorstande zu unterschreiben“ ist, mit welcher inneren,

logischen Nothwendigkeit der Begriff „Wahlhandlung“ über den Zeitpunkt von 6 Uhr Nachmittags erstreckt werden müsse. Die Dinge stehen eben so, daß im § 9 des Reglements steht: „Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr Vormittags und endet um 6 Uhr Nachmittags“ es heißen müßte: „die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr und wird die Abstimmung um 6 Uhr geschlossen“. Dann stehen alle Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Wahlreglements unter sich vollkommen im Einklang. Im § 9 des Gesetzes wird in diesem Falle durch den Begriff „Wahlhandlung“, für welche die Oeffentlichkeit vorgeschrieben ist, das gesammte Verfahren, einschließlich der Ermittlung am Tage der Wahl bezeichnet und es beziehen sich die Worte: „sowie die Ermittlung des Wahlverfahrens“ öffentlich“ auf die amtliche Festsetzung, welche gemäß § 26 des Reglements am vierten Tage nach dem Wahltermin stattfindet. Es harmoniren so § 17 und 18 des Reglements vollständig mit allen sonstigen Vorschriften. Läßt man aber eine andere Deutung zu, so kommt man zu dem vollkommenen Unsinn, daß dem Wahlvorsteher Dinge „beim Schluß der Wahlhandlung“ (und der Abstimmung) also um 6 Uhr zugemuthet werden (Unterzeichnung der Gegenliste und des Protokolls nach § 18 des Reglements), die er um diese Zeit thatsächlich in keiner Weise zu leisten im Stande ist, da alsdann Protokoll und Gegenliste noch nicht vorhanden sein können. Dem Gesetzgeber darf eine Absurdität nicht zugemuthet werden und jede Interpretation, bei der dies nothwendig ist, muß absolut verworfen werden. (Jrff. Beobachter.)

— Zu den Stichwahlen. Der „Reichsanzeiger“ publizirt die Vorschriften für die engeren Wahlen. Die engere Wahl hat der Wahlvorsteher zu veranlassen, sobald sich bei der Ermittlung des Wahlergebnisses, diesmal am 14. Januar, herausgestellt hat, daß eine absolute Majorität nicht erreicht worden ist. Der Termin für die engeren Wahlen ist von dem Wahlcommissar festzusetzen und darf nicht länger hinausgeschoben werden, als höchstens 14 Tage nach der Ermittlung des Wahlergebnisses der Wahl. Auf die engere Wahl sind diejenigen zwei Candidaten zu bringen, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben; haben mehrere eine gleiche Stimmenzahl, so entscheidet das Loos, welche zwei auf die engere Wahl kommen. In der acht Tage vor dem Wahltermin zu veröffentlichen Bekanntmachung sind die beiden Candidaten, unter denen zu wählen ist, mit dem Hinweise zu benennen, daß alle auf andere Candidaten fallenden Stimmen ungültig sind. Die engere Wahl findet auf denselben Grundlagen und nach denselben Vorschriften statt, wie die erste. Es werden die bei der ersten Wahl festgestellten Wählerlisten unverändert angewendet; auch bleiben die Wahlbezirke, Wahlvorsteher und Wahllokale unverändert. Eine etwa nothwendige Aenderung derselben ist öffentlich bekannt zu machen. Tritt bei der engeren Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das von der Hand des Wahlvorstehers zu ziehende Loos. Da am 14. Januar die amtliche Feststellung der Wahlergebnisse stattfindet, so sind die engeren Wahlen bis spätestens den 28. Januar zu veranlassen. Bei der Stichwahl darf jeder, der in der Wählerliste steht, wählen, gleichviel ob er bei der ersten Wahl gewählt hat oder nicht.

— Zu den Stichwahlen. Es ist selbstverständlich, daß im Allgemeinen bei den Stichwahlen unsere Parteigenossen dort, wo der eigene Candidat nicht selbst mit zur Wahl kommt, dem Candidaten der politisch am nächst stehenden Partei ihre Stimmen zuwenden müssen, wenn sie es überhaupt für nothwendig halten, sich an der Wahl zu betheiligen. Die Nothwendigkeit müssen unsere Parteigenossen an den einzelnen Orten selbst erwägen. Wir haben hier nur in einem Falle in Uebereinstimmung mit der Parteileitung ein abweichendes Urtheil abzugeben.

In Berlin kommt nämlich der nationalliberale Herr von Forckenbeck in zwei Kreisen mit Fortschrittscandidaten in die engere Wahl, mit dem Herrn Kreisgerichtsrath Kloy und mit dem Herrn Doktor Max Hirsch. Wir fordern unsere Berliner Parteigenossen nun an, in dem zweiten Berliner Wahlkreise für Kloy und gegen Forckenbeck, im ersten Wahlkreise aber unter keinen Umständen für Dr. Max Hirsch zu stimmen. Der Grund für diesen Vorschlag liegt auf der Hand. Ein Mann, der wie Dr. Max Hirsch die Arbeiter an der Nase herumzuführen sucht, ein Mann, der unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit den Arbeiter noch mehr von dem Druck des Kapitals abhängig machen will, ein Mann, der die bewußten sozialistischen Arbeiter auf das Schmachvolkste verleumdet hat, ein Mann, der also mit den heiligsten Gefühlen des Volks ein freies Spiel

— Die gegnerischen Blätter werden anständig. So schreiben die „Bremer Nachrichten“ Folgendes:

„Am Mittwoch, den 10. Januar, Abends, hatte sich vor dem Lindenhofe am Domschof und auf dem Rolandsmarke eine solche Menschenmenge angeammelt, daß ein Theil der Polizeimannschaft schließlich gegen die Ausschreitungen Einzelner, welche durch Schreien und Toben sich bemerkbar machten, vorgehen mußte. Die Polizei läuberte binnen zehn Minuten den Domschof, und als die Menge sich nach dem Marktplatz drängte, wurde sie auch dort angehalten, sich zu vertheilen. Dem Vernehmen nach wurden vierzig bis fünfzig Personen, die sich widerspenstig zeigten, arretirt, indeß noch während der Nacht ein großer Theil derselben vorläufig entlassen. Die Behörde ging bei alledem mit möglichster Schonung zu Werke. — Die Masse bestand übrigens zum größten Theile aus halb erwachsenen Lehrlingen und anderen müßigen jungen Leuten, die eben kein anderes Interesse als die Kneiperei zusammengeführt hatte. In der Rembrandtstraße und den umliegenden Straßen sind übrigens keinerlei Unruhen vorgekommen, so daß die zahlreichen Polizisten und Nachtwachebeamten, sowie die in der Alteschen Reilbahn einquartirte Compagnie Soldaten glücklicherweise keine Ursache hatten, gegen irgend Jemand einzuschreiten.“ Vor Jahren hätte man unbedingt den Sozialdemokraten den Krawall in die Schuhe geschoben. Jetzt sagt man die Wahrheit, weniger aus Wahrheitsliebe als aus Furcht. Dies ist auch ein nicht zu unterschätzender Erfolg der letzten Wahlschlacht.

— Vorschlag zur Güte. Als Benjamin Franklin noch ein kleiner Junge war, fand er es sehr langweilig und mit seinem guten Appetite nicht vereinbar, daß sein Vater stets vor dem Essen weißbrotliche Fischgebete verrichtete und die Speisen segnete. Eines Tages, als er dabei war, wie man die Vorräthe für den Winter einlieferte, sagte er zu seinem Vater: — Ich dachte, Vater, es wäre am rathsamsten, die Segnetzeit jetzt, wo Alles beisammen ist, die ganzen Speisen ein für alle Mal, dann sparen wir später die Zeit beim Mittagessen.

— Aus Neu-Caledonien. Den neuesten Nachrichten aus San Francisco zufolge sind nämlich zwölf französische Communisten von der Straf-Colonie Noumea in Neu-Caledonien an Bord eines Schlepplampfers entkommen. Ein Kriegsschiff holte indeß das Fahrzeug ab und nahm zehn Flüchtlinge gefangen; die übrigen zwei sprangen über Bord und ertranken.

— Unser Berliner Parteiorgan, die „Berliner Freie Presse“, bringt folgende bescheidende Annonce: „Den Herren Prof. v. Treitschke v. Unruh, Franz Dunder und Franz Wehring für ihre geistige Unterstützung der Sozialdemokratie unsern verbindlichsten Dank. Sozialistische Central-Wahl-Comité.“

*) Ort, wo gestimmt wird. Eigentlich heißt Poll die namentliche Abstimmung selbst.
) Dutch, eigentlich der englische Ausdruck für „deutsch“, oder genauer holländisch, weil die Holländer derjenige deutsche Stamm sind, mit dem die Engländer als Seesoldat hauptsächlich verkehrt haben; die Amerikaner gebrauchen das Wort in geringschöpigem Sinne von den Deutschen.

Wer ist der größte Sozialist?

(Melodie: „Was ist des Deutschen Vaterland?“)

Wer ist der größte Sozialist?
Ist's Hasselmann, der Bourgeois frist?
Der solche That verrichten kann,
Fürwahr, er ist der rechte Mann.
O nein, o nein, o nein, o nein,
Der Sozialist muß größer sein!

Dann ist es doch der Babel wohl?
„Daß ihn nur bald der Teufel holl!“ —
So klingt der Gegner laut Geschrei,
Dum glaube ich, daß er es sei.
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Gewiß ist es der Liebelnecht?
Der hat so oft sich ja erechret,
Dem Stephan, ja dem Bismard gar
Zu krümmen ein, ja selbst drei Haar.
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Wer ist der größte Sozialist?
O sag es endlich, wer es ist!
Ist's Hafenclever, überall
Genannt „Petroleumgeneral“?
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Ist's Mott'ler oder ist es Weib,
Die schonen weder Kind noch Weib
In wilder Communisten-Wuth,
Wie Wein schmeckt ihnen Menschenblut.
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Dann ist's gewiß der grimme Wolf,
Der furchterlich sich droh erboht,

Daß noch die Welt nicht auf den Kopf
Bestellt ist wie ein Henkelkopf.

O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Ist's Frihsche denn, ist's Brack wohl,
Der jüngst den liberalen Kohl
So jämmerlich versalzen hat,
Daß jezt die ganze Welt schon satt?
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

O sag es endlich, sag es schnell,
Ist's Bloss, ist's A., ist's D. Kapell,
Ist's Bahleisch, ist's der Keimer gar,
Wer ist es aus der wilden Schaar?
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

Dann sicher ist's der Fäckerich,
Vor dem so mancher Feind erblich,
Der einstens im Concerthausaal
Die Bourgeois schlug in großer Zahl!
O nein, o nein u.
Der Sozialist muß größer sein!

So nenne endlich mir den Mann,
Der sich des Namens rühmen kann!
Der stolz und hoch das Haupt erhebt,
Vor dem die ganze Welt erbebt!
Wer ist, wer ist, wer ist, wer ist,
Wer ist der größte Sozialist?

Der Lessendorff, er ist der Held,
Der schlägt sie Alle aus dem Feld,
Er stürzte stolz, er stürzte lähn
Des „Fortschritt's“ Burg, die Stadt Berlin.
Er ist, er ist, er ist, er ist
Der allergrößte Sozialist!

treibt — ein solcher Mann darf unter keinen Umständen mit Hilfe von Arbeitern in den Reichstag kommen.

Den extremen Elementen gehört der Kampfplatz! Dieser Anschauungsweise wird auch von dem „Hamburger Correspondent“ gebilligt, indem er schreibt: „Nicht der liberale Parteiführer, sondern der Vertrauensmann der Regierung ist von demjenigen Theil der Berliner Wähler aufs Schild gehoben worden, der sich von der Fortschrittspartei losgelöst und den Entschluß gefaßt hat, der Sozialdemokratie so wirksam wie immer möglich zu begegnen. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß es die Extremen sind, welche sich in aufsteigender Linie bewegen und daß der Zeitpunkt herannahet, in welchem wir überhaupt keine andere Wahl als die zwischen beiden Extremen haben werden.“ — Wir freuen uns selbstverständlich über solche Einsicht, da dieselbe geeignet ist, den Kampfplatz zu klären. Jetzt ist die Fortschrittspartei zwischen den Extremen zermalmt worden, bei den nächsten Wahlen kommt der Nationalliberalismus, die verkörperte politische Halbheit, an die Reihe.

Drei interessante engere Wahlen zum Reichstage werden stattfinden. In Essen und Aachen kommen zwei Centrumsmänner, Forcade de Biaix und von Biggelen in die engere Wahl mit zwei christlich-sozialen, katholischen Arbeiter-candidaten, dem Redakteur Stögel und dem Caplan Raaf; in Essen giebt unsere Partei den Ausschlag. In Reichenbach-Neurode findet die Stichwahl statt zwischen unserem Parteigenossen A. Kapell, der 5829 Stimmen, und dem klerikalen Fabrikbesitzer Eduard Franz, der 4811 Stimmen erhielt. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zur letzteren Stichwahl: „Hier steht der liberale Hercules am Scheidewege.“ Wir aber sagen: Der liberale Hercules wird sich auf den reichsfeindlich schwarzen Weg begeben, er findet dort doch mindestens einen Vertreter des Kapitals.“ — Die Arbeiter aber, so hoffen wir, werden ohne Hilfe des Liberalismus den frömmelnden Kapitalismus schon aus dem Felde schlagen.

In einem lächerlichen Flugblatte, welches die Fortschrittspartei vor den Wahlen gegen uns herausgegeben hat, und welches eine Anzahl Käseblätter ohne Quellenangabe abdrucken, heißt es zum Schlusse: „Wer also die Reaktion will, der stimme für die communisticen Candidaten; wer sie nicht will, der stimme gegen dieselben.“ Die Fortschrittspartei hat überhaupt am tollsten gegen uns geschimpft. In einem andern Flugblatt derselben, welches in mehreren 100,000 Exemplaren verbreitet wurde, wird der sozialistische Staat zuerst mit der Caserne, dann mit dem Zuchthause verglichen. Der Lohn für dieses lächerliche und elende Gebahren der Fortschrittler ist nicht ausgeblieben — sie sind am 10. Januar in den Dred gefallen.

Zur Berliner Wahl. Eingeschriebene Wähler sind ca. 171,500. Davon haben gültige Stimmen abgegeben 80,435. Es haben erhalten: Fortschrittspartei 32,188, Sozialdemokratie 31,578, Nationalliberalen 11,641, Handwerkerpartei 3961, ultramontane und conservative Partei, sowie zersplittert 1070.

Die Furcht vor dem rothen Gespenst, welches in allen gegnerischen Zeitungen spukt, hat wieder einmal vor den Wahlen einen recht bezeichnenden Ausdruck gefunden in einer Notiz, die (wahrscheinlich aus der bekannten Fabrik-journalistischen Bloddsinn in Berlin stammend) zum Schrecken aller alten Weiber männlichen und weiblichen Geschlechts, mit wahrem Wohlbehagen von den Herren Preklatoren abgedruckt wird. Da dieselbe neben dem unvermeidlichen Bloddsinn auch ein gut Stück unfreiwilliger Wahrheit enthält, möge sie hier wortgetreu folgen: — „Wenn man einen Blick auf die Wahlagitation der verschiedenen Parteien wirft, so begegnet man der Wahrnehmung, daß die Sozialdemokratie die größte Mühseligkeit und Thätigkeit entwickelt. In fast allen Wahlkreisen werden von den Aposteln der Sozialdemokratie Volksversammlungen veranstaltet, in denen die Zustände des Reichs und der Gesellschaft als überaus trostlos hingestellt werden und der Masse der Bevölkerung vorgepredigt wird, daß sie Rettung für die Gesellschaft nur in dem Anschluß an die Sozialdemokratie zu suchen habe. Es ist leider nur zu wahr, daß die Versprechungen der sozialdemokratischen Führer meistens auf fruchtbarsten Boden fallen, und so kommt es nicht selten vor, daß Wahlversammlungen, die von Fortschrittlern und Nationalliberalen zusammenberufen waren, von der sozialdemokratischen Partei auseinandergeprengt wurden. Es ist dies natürlich meistens nur die Folge der Lauthheit und des Indifferentismus, den die übrigen Parteien bei den Wahlen an den Tag legen, was wiederum daher rührt, daß die ganze sozialdemokratische Bewegung von jeher von der Presse und den politischen Parteien zu leicht genommen und zu oberflächlich behandelt worden ist. Es scheint nichts geholfen zu haben, daß bei den Wahlen zur zweiten Legislaturperiode des Reichstages die in der That bedenkliche Thatsache hervortrat, daß die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen sich auf nahezu 400,000 belief, denn es läßt sich schon jetzt übersehen, daß diese Zahl bei den bevorstehenden Reichstagswahlen sich mindestens auf das Doppelte erhöhen wird. Geht es in dem Maße weiter, so wird die sozialdemokratische Partei in einem Jahrzehnt vielleicht am stärksten im Reichstage vertreten sein. Was dies für das Reich und die Gesellschaft bedeuten werde, braucht nicht weiter auseinandergesetzt zu werden, da die sozialdemokratischen Umwälzungspläne nicht bloß gegen das Reich und die Grundlagen der heutigen Staatsordnung gerichtet sind, sondern die ganze gesittete Gesellschaft aus den Jagen gerathen müßte, wenn die Lehre der Sozialdemokratie zum Gesetz erhoben werden sollte. Es ist daher die Pflicht eines jeden patriotischen Wählers, in seinem Kreise dahin zu wirken, daß nur solche Personen in den Reichstag geschickt werden, welche in Gemeinschaft mit den Regierungen der Verletzung der heutigen Gesellschaft durch die sozialistischen Irrlehren entschieden entgegenzuwirken entschlossen sind.“

Soweit der erwähnte Wählerzettel. Unsere Leser ersehen daraus zweierlei: Erstens, daß die sozialdemokratische Partei von den Feinden des wahren Volkswohls gefürchtet und gehaßt wird, weil diese Feinde den Zeitpunkt, wo die sozialistischen Abgeordneten die Mehrheit im Reichstage bilden werden, schon ganz nahe herangekommen sehen (vergl. hiermit die liberale Probe vom „Rückgang“) und zweitens ersehen unsere Leser daraus, wie wir ihnen freilich schon unzählige Male an Beispielen gezeigt haben, daß unsere ehrenwerthen Herren Gegner von der Presse nicht entblöden, uns mit den Waffen der gemeinsten Verdächtigung und größten Unwahrheit hinterwärts anzugreifen, indem sie längst widerlegte, alberne Vorwürfe gegen uns vorbringen — Vorwürfe, an die sie selbst nicht glauben. Freilich, uns in offenem Kampfe mit redlichen Waffen entgegenzutreten, dazu fehlt ihnen der Muth, weil ihnen das fehlt, was dem Manne Muth verleiht, — das erhebende und stärkende Bewußtsein, eine ver-

nünftige, eine gute und gerechte Sache zu verteidigen. Deshalb greifen sie uns mit solchen niederträchtigen Waffen an, und deshalb rufen wir mit Vassalle: „Tod dieser Presse!“

Ueber unsern Sieg in Chemnitz schreibt unser dortiges Parteiorgan: „Unsere Gegner in Chemnitz sind nicht mit Ehren unterlegen, daher kann man nicht erwarten, daß wir diesem stehenden Feinde „eine goldene Brücke“ bauen. Sie haben mit den schändlichsten Mitteln gekämpft, wir erinnern nur an die gefälschten „Citaten“, welche im „Chemnitzer Tageblatt“ veröffentlicht wurden, und zwar nach Aussage des zweiten Vorsitzenden des liberalen Wahlcomités offiziell von diesem Wahlcomité selbst. Das liberale Wahlcomité wollte den Sieg seiner Sache erkämpfen um den Preis seiner Ehrlichkeit, um den Preis seiner Ehre, es hat diesen Preis in die Wagtschale geworfen; schimpflich wäre der Sieg gewesen, der dadurch errungen wurde; Schmach und Schande bedeckt jetzt die Fälscher, da sie geschlagen sind. — Man entschuldige das Comité nicht damit, daß es vielleicht die Citate für echt gehalten und nur Einem die Fälschung zur Last falle. Als Adv. Harnisch die „Citaten“ in Gabelnz vorlas, wurde ihm und dem ganzen liberalen Comité von Rost gesagt, daß diese „Citaten“ gefälscht seien. Man mußte also genau, was man that, als man kurz vor der Wahl das erbärmliche Manöver entrierte. Daß durch dieses Taschenspielerkunststückchen ein vollreicher Wahlkreis nicht in die Hände falscher Spieler fiel, daran trägt nur der gesunde Sinn des Volkes und die Mühseligkeit der Sozialdemokratie, welche den falschen Spielern auf die Finger klopfte, das Verdienst.“ — Wir bringen diese Notiz, um zu zeigen, mit welchen elenden Mitteln unsere Gegner vielfach gekämpft haben. Desto bedeutender aber sind deshalb unsere Siege.

Dem Bundesrathe ist seitens des Directoriums des deutschen Apothekervereins eine begründete Eingabe in Betreff des Verkaufes von Geheimmitteln überandt worden, worin hervorgehoben wird, daß das Publikum gegen hohe Preise oft sehr werthlose, sogar schädliche Mittel erhält und nicht nur deutsche Geheimmittel-Fabrikanten das Publikum auf maßlose Weise ausbeuten, sondern auch aus Frankreich und England sogenannte Specialitäten in großer Menge eingeführt und dafür nicht unbedeutende Summen gezahlt werden. Deshalb wird beantragt: 1) in Betreff der Bewilligung zur Zubereitung von Geheimmitteln einheitliche, für das ganze Deutsche Reich geltende Bestimmungen zu erlassen; 2) in Zukunft kein Geheimmittel zum öffentlichen Verkauf zuzulassen, welches nicht vorher von dem Reichs-Gesundheitsamte begutachtet worden ist und endlich 3) die in den verschiedenen deutschen Ländern genehmigten Geheimmittel einer Revision zu unterwerfen und den als werthlos oder schädlich befundenen den öffentlichen Verkauf zu verjagen.

Die „Nassauische Volkszeitung“ bringt folgendes „Eingekandt“ aus Schierstein, 7. Januar:

„Wenn man, wie in lechterer Zeit so häufig von Alten der Rokeit und des Uebermuths liest, so ist man, namentlich wenn die Excedenten den unteren Volksschichten oder der Landbevölkerung angehören, leicht geneigt, die Ursache in dem Mangel an genügender Schulbildung zu suchen. Anders werden indessen wohl die meisten Leser denken über die neulich gebrachte Notiz wegen muthwilliger Zerstörung einer Anzahl Obstbäume an der Wiesbaden-Dohheimerstraße, wenn sie erfahren, daß die Thäter Schüler höherer Lehranstalten und Söhne angesehenen Eltern sind, die vielleicht seiner Zeit berufen erscheinen, ehrenvolle Stellen im Staatsleben zu bekleiden, ja sogar Recht zu sprechen über ähnliche Vergehen gegen das Eigenthum.“

Was den verursachten Schaden betrifft, so dürfte derselbe sich denn doch etwas höher berechnen als 500 Mark, mit welcher Summe derselbe in Nr. 301 Ihres Blattes annähernd bezeichnet wird. Einfeinder dieses hat sich durch Augenschein überzeugt, daß 14 Bäume das Opfer des Dubenkreises geworden sind, indem sie theils ganz abgeknippt, theils derart angeknippt wurden, daß sie entfernt werden müssen. So sind z. B. auf einem Grundstücke „an der Eiche“ (dem Bernehmen nach einem Herrn L. in Sch. gehörend) ein Birnbaum im Alter von ca. 80—90 Jahren, sowie ein Apfelbaum im Alter von ca. 25—40 Jahren, beide von erheblicher Tragfähigkeit, total zerstört worden, die wohl allein einen Werth von 500—600 Mark repräsentiren.

Die Untersuchung ist eingeleitet und werden die Uebeltäter ihrer gerechten Strafe hoffentlich nicht entgehen.“

Nicht einmal mit der Scheere verstehen sie richtig umzugehen, die Scheerendekure des „Veipziger Tageblattes“. Drucken sie da in der letzten Dienstagsnummer unter der Ueberschrift: „Wie die Berliner sozialdemokratische Presse über die Wahlen denkt“ einen langen Artikel ab, in dem es u. A. heißt: „Es läßt sich heute nicht mehr verheimlichen und nicht mehr umschreiben — ein starker Prozentsatz der Bevölkerung des deutschen Reichs huldigt sozialistischen Ideen, lebt und webt in den Utopien der Sozialdemokratie.“ Also ein sozialdemokratisches Blatt soll die Prinzipien der Sozialdemokratie Utopien genannt haben! Dem unglücklichen Scheerendekure ist es passiert, daß seine Scheere zu weit schnitt und den von der „Berliner Freien Presse“ abgedruckten Artikel eines gegnerischen Blattes mit abschneidet. Herr Hüttner muß sich entweder eine selbstschneidende — Scheere anschaffen, oder muß seine Scheere besser dressiren, oder er muß Unterricht im Schneiden nehmen — bei wem? das befragen verschiedene Annoncen in seinem Blatt. — Derselbe Hüttner läßt in einer Heulmeierei über „das Ergebniß der Reichstagswahl im Veipziger Landkreis“ folgenden Bloddsinn passiren: es ist vorgekommen, daß, wie z. B. in der Liebertwoolwiger Gegend geschehen, sogar größere Gutsbesitzer den Sozialisten wählten, weil ihnen von den Agitatoren vorgeredet worden, die Butter werde theurer werden, falls mehr Sozialisten in den Reichstag kämen. Wo war die Scheere? Warum hat sie nicht diesen haarsträubenden Bloddsinn, und diese sehr unpolitische (Herr Hüttner!) Beleidigung der „größeren Gutsbesitzer“ weggeschnitten? Warum nicht? Je nun — der Hüttner denkt nicht, und die Scheere lenkt. —

In Folge der Wahlsiege unserer Partei in Berlin geht uns folgende Zuschrift aus Italien zu:

„An die Mitglieder der Redaktion und Administration des „Vorwärts“.“

Josiano bei Torino, 13. Januar 1877, 9 Uhr Morgens.

Die Zeitung „Il Secolo“ bringt mir die telegraphische Nachricht über die Ergebnisse der in Berlin stattgehabten Reichstagswahlen. — Als aufrichtiger Anhänger der sozialdemokratischen Prinzipien beileide ich mich, meine große Freude über diese Ergebnisse dem „Vorwärts“ auszudrücken. Bravo! Ihr Sieger!

Bravo! die andern Sozialisten, die in die Stichwahl kommen, wenn sie auch bei derselben zum Theil unterliegen sollten.

Hertzlich wünsche ich den sozialdemokratischen Candidaten einen entschiedenen Sieg über ihre Gegner.

Mit brüderlicher Liebe und Hochachtung
A. St.“

Die „Droits de l'Homme“, das radikale Blatt in Paris, ist vor einigen Tagen zum vierzehnten Male verurtheilt worden. Auf sechs Monate Gefängniß und 3000 Frs. Geldbuße lautete die letzte Verurtheilung wegen verschiedener berechtigter Angriffe auf die Pariser Polizei.

Die Türken scheinen es darauf angelegt zu haben, die Diplomatie im Allgemeinen, und die russische Diplomatie insbesondere lächerlich zu machen. Ignatieff und Gortschakoff stehen wie die — undiplomatischsten aller Bierfässer am Berg des türkischen non possumus, und die russischen Riesenarmeen, welche die Türkei zum Frühstück verspeisen sollten, sind im russischen Schnee und Koth stecken geblieben. Ein ritterlicher Versuch des Fürsten Bismarck, die russischen Gönner und Freunde durch einen nach Constantinopel gerichteten „kalten Wasserstrahl“ aus ihrer fatalen Situation zu befreien, ist an dem Nichtverständnis der Türken für solche geniale Staatsstreiche kläglich gescheitert und die Ignatieffs und Gortschakoffs stehen mehr als je am Berg.

Ueber den gegenwärtigen Stand der orientalischen Frage schreibt uns ein kompetenter Beurtheiler in einem Privatbrief: „Wenn die Türken Fuß bei Mal halten, so ist's mit Rußland bald alle. Die allgemeine Wehrpflicht hat die russische Armee noch weit mehr desorganisiert, als ich erwartete, während die Türken nie in so guter Verfassung waren, dabei haben sie nach der englischen die beste und stärkste Panzerflotte der Welt. Geht's also los — und geht's nicht los, so giebt's eine neue Revolution in Constantinopel: und dann geht's erst recht los —, so könnte Euer Antrag auf Wiederherstellung Polens eine eigenthümliche Aktualität (Zeitgemäßheit) bekommen.“

Frische vor der 7. Criminaldeputation. Parteigenosse Frische, einer unserer Berliner Sieger, hatte sich am 13. ds. zu verantworten über eine angeblich aufreizende Rede, die er am 20. Oktober v. J. vor 3000 Zuhörern gehalten hatte. Der Staatsanwalt glaubte den aufreizenden Charakter derselben constatiren zu müssen. Der Gerichtshof konnte aber, nach Frische's längerer Selbstverteidigung, den Beweis für die Anklage nicht als erbracht erachten.

Von unserem Parteigenossen Demmler erhält das Veipziger Wahlcomité folgende Zuschrift:

Schwerin, 12. Januar.
Ich danke dem so überaus thätig gewesenen Comité der sozialdemokratischen sächsischen Partei für die große Pflichttreue und Mühseligkeit, welche dasselbe bei den Wahlen an den Tag gelegt hat; vor allen Dingen aber danke ich den Parteigenossen des 13. Wahlkreises sammt und sonders, daß sie so tapfer und unerschrocken zur Fahne gestanden und durch ihre Einmüthigkeit mir den so glänzenden und höchst erfreulichen Sieg über die drei Candidaten der gegnerischen Parteien verschafft haben. Sein Sie vorläufig der Dolmetscher meiner dankbaren demokratischen Gefinnungen für das Vertrauen, welches die Wähler mir geschenkt haben. Weiter wird es mir aber eine große Freude sein, von Berlin aus zu denselben zu kommen, um ihnen persönlich zu danken.
A. Demmler.“

Correspondenzen.

Flensburg, 12. Januar. Am Sonntag, den 7. Januar fand hier im Flensburger Tivoli eine von der liberalen Partei einberufene Wählerversammlung statt, wozu alle deutschen und reichstreuen Wähler eingeladen waren. Weil auch wir Sozialisten uns zu den deutschen Wählern rechneten, waren auch wir recht zahlreich erschienen. Kreisgerichtsrath Gottburgsen eröffnete die Versammlung, theilte mit, daß man ihn beauftragt habe, den Vorsitz zu führen und den Dr. Rommel als Stellvertreter. Zunächst machte der gnädige Herr Kreisgerichtsrath darauf aufmerksam, daß nur deutsche und reichstreue Wähler eingeladen wären, ausgeschlossen wären die Reichsfeinde, das heißt, um dieselben gleich beim Namen zu nennen, die Dänen und die Sozialdemokraten. Unser Candidat, Herr Brückmann, aus Altona bat zur Geschäftsordnung um's Wort; Geschäftsordnung giebt es bei uns nicht, gab der Herr Kreisgerichtsrath in seiner hohen Weisheit zurück. Wer sind Sie? Sind Sie hier wahlberechtigt? Nein, dann sind Sie auch nicht eingeladen. — Ich bin der Candidat der Arbeiterpartei des zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreises und bitte zur Geschäftsordnung um's Wort, war die Antwort des Herrn Brückmann. Raus, Raus halten, Bureau wählen, wurde durcheinander geschrien. Im Nu war der Kreisgerichtsrath im Schiff des Saales, stellte sich vor Brückmann hin mit den Worten: Ich verbiete Ihnen den von mir gemietheten Saal. Zugleich sahen wir auch Herrn Dr. Rommel auf der Tribüne mit erhobener Rechten den Rasernknüttel schwingen, die Kopfbedeckung auf, in den Saal schreiend, wenn die Sozialdemokraten nicht den Saal in fünf Minuten geräumt und verlassen haben, werden sie aufgeschrieben. Die Diener des Gesetzes natürlich, wenn es heißt, die Sozialdemokraten raus, waren auch nicht faul, um gleich zu expediren, die Herren Bourgeois sahen mich sogar beim Arm, um mich hinauszuführen, als wenn sie als Vertreter des Weltiads Bundes was für Rechte hätten. Da unser Candidat Herr Brückmann unter den gegebenen Umständen den Saal verlassen mußte und auch wir nicht weiter Lust verspürten, uns länger mit den Nationalmiserablen abzugeben, verließen wir mit Herrn Brückmann den Saal. Noch sei bemerkt, daß ein Inhaber eines hiesigen Kleidermagazins in der betreffenden Versammlung anwesend war, welcher sich äußerte, den Sozialdemokraten müsse man das Raus breit schlagen! Merkt Euch das, Ihr Arbeiter Flensburgs, so geht man mit dem arbeitenden Volke um!

Mit sozialdemokratischem Gruß
Heinrich Wählke.

Die Parteiorgane, besonders das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ und „Die rothe Fahne“ werden um Abdruck gebeten.

Hannover. Schon seit Monaten war es eine tagtägliche Frage: was für einen Candidaten stellt die Arbeiterpartei zur nächsten Reichstagswahl auf? Diese Tagesfrage ist nun am 16. Dezember beantwortet worden; mit welcher Spannung die Proklamirung des Arbeitercandidaten Reister erwartet wurde, davon gab der von ungefähr 2000 Personen gefüllte Saal das beste Zeugniß. Nachdem in üblicher Weise das Bureau gewählt war, erhielt Herr Reister das Wort. Derselbe führte aus, wie wichtig der 10. Januar 1877 für das Volk sei, es solle an diesem Tage zu Gericht sitzen über diejenigen, welchen sie ihr Wohl und die Förderung ihrer Interessen anvertraut; ob dieselben das Wohl des gesammten Volks gewahrt und gefördert

haben, müsse zuvor geprüft werden, und da finde man denn heraus, daß die maßgebendste Partei, die nationalliberale, stets nur das eigene Ich gewahrt, somit ihre Aufgabe nicht erfüllt habe. Die Nationalliberalen haben diesmal Herrn Senator Wölbern aufgestellt, einen Mann, welcher in seiner Candidaturrede selbst erklärt habe, es sei ihm nicht möglich, vom wissenschaftlichen Standpunkt über die soziale Frage zu sprechen, somit selbst erklärt: ich bin nicht fähig zum Reichstagsabgeordneten, bin jedoch bereit, ein Opfer zu bringen. Die zweite Partei, die deutsch-hannoversche, welche bis jetzt stets siegreich aus dem Wahlkampf hervorging, hat ihren vor anderthalb Jahren gewählten Vertreter wieder aufgestellt, Herrn Brühl, der es vorzog, lieber den Sitzungen der evangelischen Landessynode, statt denen des Reichstags beizuwohnen. Jetzt haben sich im Verlauf von zehn Jahren die Verhältnisse geändert, und müsse notwendig ein Jeder selbst nach dem härtesten Schicksalsloslage mit frischer Kraft suchen, sich auf dem Standpunkt der Thatsachen zu stellen und von diesem aus sein Interesse zu wahren, ferner hätten die Führer der deutsch-hannoverschen Partei selbst Herrn Dr. Behrens noch vor anderthalb Jahren erklärt, auf sozialem Gebiet wollen wir dasselbe, was die Sozialdemokraten wollen; daß dieses nicht wahr, sondern bloß gelagt worden, um die Arbeiterstimmen zu lockern, beweise das Verhalten des Herrn Dr. Behrens in Holstein, wo er mit den Conservativen Hand in Hand geht, um die Sozialdemokraten zu bekämpfen. Daß die Arbeiter nach einiger Prüfung keinem von den oben angeführten Candidaten ihre Stimme geben können, sei wohl klar. Redner empfahl nun den Arbeitercandidaten Herrn F. W. Frijsche aus Berlin, welcher das Wort nahm und nun von der Versammlung freudig begrüßt wurde. Derselbe gab eine scharfe Kritik der seitigen Volksvertreter und der von ihnen geschaffenen Gesetze. Redner führt zunächst an, wie die Staatsformen sich stets nach den Besitzverhältnissen regeln, dies sehen wir bei jedem einzelnen Gesetz, welches aus dem letzten Reichstag hervorging. Das Hilfsengesetz sei nur für den Arbeiter gemacht und man habe nicht einmal den Grundgedanke dabei berücksichtigt: das Privateigentum ist unantastbar, da man das Eigentum der Arbeiter (die Kassen) unter die Vormundschaft der Polizei gestellt hat; warum? Damit der Arbeiter sich niemals als freier Staatsbürger fühlen kann, sondern das Abhängigkeitsgefühl in ihm erhalten bleiben soll. Beim Haftpflichtgesetz springt der Unterschied noch klarer vor Augen, da man bei Benützung auf der Eisenbahn, welche auch von Besitzenden benutzt wird, der Verwaltung es überlassen hat, den Beweis zu bringen, daß sie oder ihre Beamten keine Schuld an dem Unglück tragen; dagegen bei Unglücksfällen in Bergwerken u. s. w. der Arbeiter den Beweis liefern muß, daß die Verwaltung die Schuld trifft, welches in den meisten Fällen fast unmöglich sei. Sodann habe man viele Gewerke, z. B. das Baugewerk, gar nicht in's Haftpflichtgesetz aufgenommen. Diese zweierlei Gesetze haben wir dem Fortschritt und Liberalismus zu verdanken. Jede Schranke, welche dem Kapital entgegenstand, wurde von ihnen niedergeboren. Dazu wurde das Aktiengesetz geschaffen. Das Militärgesetz erweitert die Ungleichheit, indem der Nichtbesitzende drei Jahre, der Besitzende ein Jahr zur militärischen Ausbildung herangezogen wird. Nach der Statistik sei die Lebensdauer eines Arbeiters 30 Jahre, die eines Reichen 65 Jahre, somit müsse der Arbeiter den zehnten Teil seines Lebens dem Militärdienste opfern, während der Reiche nur den sechzigsten Teil seines Lebens zu opfern brauche. — Es würde zu weit führen, wollte ich den ganzen Vortrag nur auszugweise wiedergeben. Zum Schluß wurde Herr F. W. Frijsche einstimmig von der Versammlung mit großer Begeisterung als Candidat des 8. hannoverschen Wahlkreises anerkannt. — Es folgten nach dieser ersten Versammlung im Ganzen noch sieben in den verschiedenen Theilen der Stadt, zu denselben war wiederholt Herr Frijsche anwesend; einmal Herr Pfannkuch, welcher auch ebenfalls mit einem sehr guten Referat erfreute, nur bedauerter sämtliche Parteigenossen, daß die Versammlung in Folge zu spätem Einberufens so schwach besucht war. In den übrigen Versammlungen hatte Herr Reiffers die Referate und waren dieselben fast sämtlich gut besucht. Die letzte am 9. Januar abgehaltene muß ich jedoch noch in Kürze erwähnen. Dieselbe war von über 3000 Personen besucht und der Saal bis zum letzten Platz dicht gefüllt; trotz der starken Hitze ging nicht ein Mann vom Platz und war die Begeisterung für unsern Candidaten so groß, daß wir getrost dem kommenden Tag entgegengehen konnten. Die Tagesordnung lautete: „Unsere Gegner im Kampfe um die Gesetzgebung, erlitten die nationalliberale Partei, zweitens die deutsch-hannoversche Partei.“ Nachdem Herr Reiffers seinen Vortrag beendet, erwarteten wir wohl, daß sich Gegner zur Interpellation dieser Tagesordnung eingefunden hätten, doch nicht ein Laut der Gegenrede wurde hörbar. Unsere Gegner wagen es hier nicht, an die Öffentlichkeit zu treten, denn sie sind sich nur zu sehr bewußt, daß sie dadurch immer mehr Dummheit zur Aufführung gelangen lassen; ihre eigenen Versammlungen finden nur hinter verschlossenen Thüren statt, und doch wird die Zahl ihrer Anhänger immer kleiner und die Zahl der Arbeiterpartei wächst mit Riesenschritten. Dies hat nun am besten der 10. Januar bewiesen, wo auf den Arbeitercandidaten F. W. Frijsche 5547 Stimmen fielen, als 1149 mehr als vor anderthalb Jahren; der nationalliberale Candidat bekam 5916 Stimmen, der Candidat der Deutsch-Hannoveraner 9297 Stimmen, und zuletzt 113 Stimmen der Candidat der deutschen Fortschrittspartei, welche erst in letzter Stunde am 9. Januar Abends das erste Lebenszeichen von sich gab und den Herrn Juckerfabrikdirector Hürzig als ihren Candidaten proklamirte. (Obige Stimmenzahl kann noch eine kleine Aenderung erfahren, doch das Resultat steht gleich.) So können wir nun mit Zufriedenheit zurückblicken und mit frischer Kraft aufs Neue für die nächste Wahl vorarbeiten.

St. Johann-Saarbrücken. Zu den Reichstagswahlen waren im hiesigen Wahlbezirk drei Candidaten aufgestellt: der geheime Berggrath Pfähler aus Sulzbach als Candidat der nationalliberalen, oder besser gesagt der „reichstrennen“ Partei, Dechant Schneider von St. Johann als Candidat der Ultramontanen, und Genosse Hadenberger aus Pforzheim als Candidat unserer Partei. Von den Genannten wurde, wie dieses unter hiesigen Verhältnissen, wo die Abhängigkeit der Arbeiter von ihren Erbschneidern eine so große ist, wo der Liberalismus durch einen zahlreichen Beamtenstand vertreten und durch Krieger- und ähnliche Vereine künstlich am Leben erhalten wird, nicht anders zu erwarten war, der geheime Berggrath Pfähler, ein compromittirter Schönredner, mit (soweit bis jetzt, 12. Januar Abends, die Wahlergebnisse bekannt sind) 7775 Stimmen gewählt. Der Candidat der ultramontanen Partei erhielt 4299, und Genosse Hadenberger 323 Stimmen. Wenn nun auch die Anzahl der auf den Candidaten unserer Partei vereinigten Stimmen noch eine geringe ist, so liefert diese Wahl doch den Beweis, daß auch hier, wenn schon unter den ungünstigsten Verhältnissen, recht fröhlich agitiert worden ist. Letzteres giebt auch die liberale „St. Johanner Zeitung“ zu, indem sie konstatiert, daß unsere Partei, „wenn auch resultatlos, so doch offenbar ziemlich lebhaft für ihren Can-

didaten agitiert habe.“ Erfreulich ist es, daß in einigen Ortsschaften des Wahlkreises, sowie in zwei Saarbrücker Wahlbezirken (dem zweiten und dritten) Genosse Hadenberger mehr Stimmen bekam, als der ultramontane Candidat. Daß die Arbeiterbevölkerung unseres Wahlkreises endlich zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gelangt ist, das ist es, was uns mit Freude erfüllt und uns die Ueberzeugung giebt, daß mit der Zeit unsere ganze Gegend sich zu den Prinzipien der Sozialdemokratie bekennen wird. Das Gland unter den arbeitenden Klassen ist hier groß, sehr groß, und eine tüchtige Agitation müßte von unzweifelhaftem Erfolg sein. Das wissen aber auch unsere Herrn Polizisten und Bürgermeister, deshalb dürfen hier keine Volksversammlungen abgehalten werden, deshalb wird sogar der Wirth, welcher, um etwas zu verdienen, es sich beikommen läßt, sein Lokal behufs Abhaltung einer sozialistischen Versammlung herzugeben, mit einer beträchtlichen Geldstrafe belegt. Nicht aber alles nichts! Sie werden wiederkommen, die Sozialdemokraten, immer wieder kommen werden sie und — fester Tropfen höhlt den Stein. Darum haltet hoch die rothe Fahne Genossen von Saarbrücken und Umgegend! Haltet hoch die rothe Fahne der Sozialisten allerwärts!

Rosenheim bei München, 11. Januar. (Wie die Liberalen liegen.) Die Wahl ist günstig für die Liberalen ausgefallen, während wir nur 84 Stimmen erhielten. Es fanden aber die ärgsten Untriebe statt, noch weit ärger wie früher. Wir haben eine allgemeine, freie, direkte Wahl, lagen unsere Liberalen; wir sagen Nein und tausendmal Nein. Die Liberalen sagen, die Sozialisten achten das Gesetz nicht; wir sagen, unsere Gegner treiben Spott mit unserem Reichstagswahlgesetz. Das folgende bestätigte diese Behauptung. Ich ging mit einigen Genossen am Nachmittag des Wahltages nach Kalbermoor, da ich die geschwindrige Bauernjüngerei in Rosenheim nicht mehr mit ansehen konnte; jedoch in Kalbermoor war es noch um 100 Proz. ärger. Höret und staunet. Am Tage vor der Wahl sagte Herr v. Rippen zu den Fabrikarbeitern: Wer nicht liberal wählt, wird sofort entlassen. Herr Inspektor Diez und noch einige Fabrik-Paschas stellten sich nun vor das Wahllokal. Ein jeder ruhiger Bürger, der seine Stimme abgeben wollte, gerieth oft mit genannten Paschas in Conflict und mußte sich mit Gewalt losreißen, wenn er sozialistisch wählen wollte. Einem Genossen kam dies ungerecht vor und wies derselbe deshalb Herrn Diez auf das Gesetz hin. Herr Diez antwortete jedoch, er kenne da kein Gesetz. Als sich nun auch zwei Genossen hinstellten, um Zettel anzubieten, und die Paschas sahen, daß sie kein Geschäft mehr machen konnten, stellte sich Herr Diez unter die Thüre des Wahlzimmers und nahm den Wählern die Kieferzettel aus der Hand mit den Worten: Dumme Teufel! das ist ja der richtige nicht; schaut, das ist ja gleich, Steuern müßt ihr bei den Sozialisten auch zahlen, wählt den Vermählter! Das ist stark, werden sich die Leser denken, und doch ist das noch lange nicht das Aergste. Die Liberalen gingen her, packten ihre Opfer rechts und links, suchten ihnen die Taschen aus, nahmen ihnen die Zettel und drangen ihnen Vermählterzettel auf. Trotz alledem und alledem hofften aber unsere Genossen auf den Sieg. Da auf einmal kam ein Zug, förmlich Gefangener (ungefähr ein halbes Hundert), lauter bleiche, hohläugige Männer; voraus, rechts und links und hintennach Kuffcher der Fabrik. Diese bleichen Männer, die mit ihrer Arbeitskraft auch ihren freien Geist verkaufen mußten, wählten denn auch mit treuer Folgsamkeit den von Herrn von Rippen ihnen gegebenen Vermählter. Nun war der Sieg der Liberalen gesichert und erhielten dieselben 49 Stimmen mehr als Kiefer. — Wir haben aber recht deutlich gesehen, daß, wie unser Programm es bejagt, die ökonomische Abhängigkeit die Mutter aller Anechtshaft ist.

Planen i. B. (Wahlbericht.) Die Wahlschlacht im 23. Wahlkreis ist geschlagen. Es wurden im Ganzen 13766 Stimmen abgegeben, davon fielen auf unsern Candidaten Rar Reiffers in Bremen 4923, auf den conservativen Finanzrath Meusel in Dresden 4624 und auf den liberalen Advokat Krause in Dresden 4121. Die liberale Partei, die während des ganzen Wahlkampfes kein Mittel unbenutzt ließ, die fortwährend Lügen und Verleumdungen in der gemeinsten Art gegen uns schleuderte, hat diesmal eine Niederlage erlitten, von der sie sich so schnell nicht wieder erholen wird. Unsere Arbeiter in Planen und den übrigen Städten haben gezeigt, daß sie ihre Klassenlage erkannt haben, und wenn wir die ländliche Bevölkerung mehr gewonnen haben, dann wird in Zukunft uns Niemand den Sieg streitig machen können. Am 27. Januar wird wahrscheinlich in unserm Wahlkreis die Stichwahl zwischen unserm Candidaten Rar Reiffers und dem conservativen Finanzrath Meusel stattfinden. Darum müssen wir unsere Truppen auf's Neue concentriren, sie auf's Neue mit Munition ausrüsten, damit wir am 27. Januar auch diesen Gegner aus unserm Wahlkreis vertreiben können. Deshalb Genossen im 23. sächs. Wahlkreis, arrangiert sofort Versammlungen in den wichtigsten Ortsschaften und setzt Euch mit dem unterzeichneten Central-Wahlcomité in Verbindung. Mit bestem Gruß

Das Central-Wahlcomité.
Friedrich Forbiger, Hofstraße 92.

Offizielle Wahlergebnisse.

- 7. sächs. Wahlkreis: Rauert 5237, Richter 7053, Scheller 1704, zerplittert 25.
- 11. sächs. Wahlkreis: Hadlich 3332, Günther 7807, zerplittert auf Burchardt und Rauert 249.
- 20. sächs. Wahlkreis: Wiemer 4928, Brodhans 3838, Höfer 1901, zerplittert 30 (Stichwahl).
- 22. sächs. Wahlkreis: Auer 8140, Dietel 4694, Trüpfcher 3048.
- 23. sächs. Wahlkreis: Reiffers 4923, Meusel 4624, Krause 4121 (Stichwahl).
- Darmstadt-Großgerau: Most 2910, Bächner (Fortf.) 4672, Weller (nl.) 3679, Nieger (conf.) 466, Wambold (ult.) 333.
- 1. Braunschweiger Wahlkreis: Bode (nl.) 10160, Brade 9212, Beltheim (Agrarier) 626, zerplittert 7.
- 11. Braunschweiger Wahlkreis: Brade 3094, Kunjen (nl.) 10123.
- Erlangen-Fürth: Löwenstein 4458, Marquardsen (nl.) 7768, Scnsburg (Fortf.) 1282, Haas (conf.) 997, Jörg (ult.) 288, zerplittert 41.
- Deffau: Geiser 2332, Träger 810, Cunn 10023.
- Bielefeld: Pfannkuch 2164, Marcard (ult.) 5377, Bodelschwing (conf.) 4990, Kiefer (l.) 3469.
- Baun: Keller 1427, Graf Stollberg (ult.) 1830, Reich (conf.) 8951.
- 5. würt. Wahlkreis: Rotteler 1775, Ritter (Volkspartei) 9283, Lenz (nl.) 7897, Graf v. Biffingen 263.
- Oldenburg: Trillhose 434, Beder 4980, Althorn (Fortf.) 3770.
- Lenep-Wettmann: Nicht, wie früher gemeldet, Stichwahl zwischen Tschow und Audorf, sondern Tschow (nl.) mit 56 St. über absolute Majorität gewählt.
- Bitterfeld-Deßlich: Ramm 1361, Thilo (frei-konf.) 8613.

Potsdam (Kreis Osthavelland): Lössau 1076, Wulfshelm 5038, Parisius 3582, Windthorst 139, zerplittert 18.

Ann. zum 11. Wahlkreis. Im Jahr 1874 erhielt Bebel, allerdings ohne jedwede Agitation, 845 Stimmen in diesem Kreis und obgleich das „Dresdener Journal“ mit einer gewissen Genugthuung meinte, „trotz der angestrengtesten Agitation sei es nicht gelungen, die Majorität zu gewinnen“, so können wir konstatieren, daß nur der dort aufgestellte Candidat im Kreis thätig war und 12—14, allerdings immer zur Besuche Versammlungen abgehalten hat, es ist somit der schlagendste Beweis geliefert, daß unsere Landbevölkerung recht wohl einsieht, welche Partei für ihre Interessen am entscheidendsten eintritt und daß die Schlagwörter, „Aufhebung des Privat-Eigentums, Abschaffung der Ehe u.“ auch dort nicht mehr verfangen, und als eitel Humbug betrachtet werden. Wir sind überzeugt, daß dieser Kreis für uns gewonnen werden kann.

Briefkasten

der Redaktion. A. in A.: Ihre Karte ist an Herrn Hasselmann gesandt worden. — J. G. in D.: Die Jagdgesetze in den verschiedenen Staaten sind verschieden; wir würden Ihnen rathe, dort zu einem tüchtigen Geistesgenossen zu gehen. — Wichtige Briefe für mich bitte ich bis zum 23. Januar zu adressiren: Redaktion der „Neuen Offenbacher Zeitung“, Offenbach a. M. B. Liebknecht. — der Expedition. P. A. Wertheim: Nr. 104, 5 u. 6 d. B.-St. heute per Kreuzband der Post übergeben. Kosten 40 Pfg. nebst Porto. Sendung in Briefmarken an den P. Grabler, R. a. G.: Wegen Credits müssen Sie sich an den P.-Vorst. in Hamburg wenden. R. B. kann nachgeliefert werden. Preis siehe R. B., die per Kreuzband folgt. — Christof Bachhaus, Erbach im Rheingau. Unter dieser Adresse sind am 30. Dec. 76 bestellte 2 Kalender abgegangen, laut Controle im Speienbach franco.

Quittung. Ist hier Ab. 1875. R. Kmsl Smederows Schr. 10,60. Verein der Spengler Wien Ab. 6,40. Pils Prag Ab. 0,95. W. C. St. Johann Ab. 1,25. Schindler hier Ab. 1,80. Erbsam Lindenau Schr. 9,64. Ihm hier Ab. 1,70. Gewerkschaft der Schneider Wien Ab. 8,33. Wnl Riemer Ab. 3,89. Schumann Frankfurt Schr. 3,60. Himm hier Schr. 2,20. Gerd Stützerh. Ann. 1,30. Schr. 1,00. Gndr Dessendorf Ab. 5,99. Frcdr Brambach Ab. 1,60. Schr. 11,90. Drp Berden Ab. 9,00. Trefsch Diepholz Ab. 1,00. Wlhn hier Ab. 1,80. Schr. 1,25. Ulrich hier Ab. 300,00. Brp Brann Ab. 5,00. Alwet Cannstadt Schr. 0,90. Wlk hier Ab. 4,50. Arbeiterbildungsverein hier Ann. 3,90. Sächs Dresden Schr. 2,80. Vdr Stockholm Ab. 8,45. Fr. Hermann Bremerhafen Schr. 36,94. Jgr. hier Ab. 0,80 u. 1,25. Wln Düsseldorf Ab. 14,60. Wlr Mannheim Ab. 25,00. J. Kuhntr Hof Ab. 15,36. Png Hensburg Ab. 21,60. Arbeiterbildungsverein Png Ab. 4,84.

Fond für Gemafregelte.

Von Dr. T. hier 10,00.

Wahlfonds.

S. Dr. R. R. Fromersbach 5,00. W. W. das. 1,00. R. J. das. 1,00. Liste 90 d. R. Otto hier 4,95. R. S. hier 4,20. Aus Rehbach d. Trost 1,20. Liste 19 d. Deller 1,00. Bon J. Künzel 1,00. Von D. in Schw. 31,86. Aus Barch d. Hecht 1,20. Aus der Handlischen Fabrik in Gohlis Liste 7 2,40. Liste 3 d. Hörster 6,95. Von E. Künzel 10,00. S. J. hier 120,00. R. Png u. B. Thonberg 2,00. Durch Dtrch. Revellerkhausen: Kiege Gemäßlichkeit Liste 24 2,00, v. Ritgl. d. Gemeindevereins Liste 23 3,20. Ein alter 48. u. 49. Kämpfer Mannheim 1,00.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

NB. Wer noch eine Forderung an das Central-Wahl-Comité zu machen hat, muß dieselbe bis spätestens Montag, den 22. Januar, bei Obigen einreichen.

Anzeigen zc.

Annoucen für die Mittwoch-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag-Nummer bis Mittwoch Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimm-Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Leipzig. Freitag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr: Sitzung der Commission zur Begründung eines Verkehrslafals. Eintheilung der existierenden Unlöfen. Da dies die letzte Sitzung, so werden alle Mitglieder ersucht, zu erscheinen.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Sonnabend: Vortrag von Hrn. Wittich. Unser Stiftungsfest wird Sonnabend, den 10. Februar in der „Tonhalle“ abgehalten. (40)

Nächsten Sonntag, Abends 8 Uhr, wird im Vereinslokal eine **Gesellige Zusammenkunft** stattfinden. Die Mitglieder werden zu zahlreicher Theilnahme höflichst eingeladen. Der Vorstand. (150)

Leipzig. Metallarbeitergewerkschaft. Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Restauration von Hul. Meusel, Am Täubchenweg. T.-D.: Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder.

London. Der Communistische Arbeiter-Bildungs-Berein hält seine regelmäßigen Sitzungen jeden Sonnabend und Montag Abends um 9 Uhr Marshall Street, Golden Square W. Nr. 38. Briefe u. s. w. sind zu richten an den Sekretair: J. Bos, 14 Portland Street, Polano St. W.

Die Abonnenten des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“ in London werden angefordert, für das laufende Quartal keine Abonnement-Gelder zu zahlen, ohne dafür eine gedruckte und mit dem Vereinsstempel versehene Quittung zu verlangen. Wer bis dato schon bezahlt hat, wird gebeten, eine solche nachzusfordern. (120) Der Obige.

Zwickau. 18. sächs. Wahlkreis. Sonntag, den 21. Januar, von Nachmittags 3 Uhr an

Großes Wahlziefest in den Räumen des „Deutschen Hauses“. Concert. Festrede gehalten von Herrn Wittich aus Leipzig. Massen-gesang. Abends Ball. Jedermann hat Zutritt. Entrée 30 Pf. Damen die Hälfte. Das Central-Wahlcomité. (360) Sonntag, den 21. Januar, im „Alten Kuckberg“, an der Schür-gasse:

Allgemeiner Festball der Tischler Gölns und Umgegend. Anfang: 8 Uhr. — Entrée 75 Pf., Damen frei. — Kassenpreis erhöht. Es ladet ergebenst ein Das Festcomité. (210)

Verantwortlicher Redakteur: B. Hasenleber in Leipzig. Redaktion und Expedition Kärberstraße 12/11. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig